

Küberl: **Aidwatch**-Report über EZA-Ausgaben „blamabel“ für Österreich

Wien (APA) - Der in Brüssel veröffentlichte „**Aidwatch**-Report“ über die Entwicklungshilfeausgaben der EU-Staaten zeichne ein „entsetzlich blamables Bild von Österreich“, kritisierte Caritas-Präsident Franz Küberl am Donnerstag bei einer Pressekonferenz in Wien. Die EU hat laut dem Bericht im Jahr 2010 ihr selbst gestecktes Ziel um 15 Milliarden verfehlt, Österreich rangiert unter den EU-15 nur vor Portugal, Griechenland und Italien auf dem viertletzten Platz.

Auch die EU habe ihr Ziel klar verfehlt, erklärte die Geschäftsführerin der NGO-Dachorganisation AG Globale Verantwortung Petra Navara. Die sogenannten alten EU-Mitgliedsländer investierten laut dem **Aidwatch**-Bericht 2010 insgesamt 53,82 Milliarden Euro, also 0,43 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) in Entwicklungszusammenarbeit (EZA), statt der als gemeinsames Ziel festgelegten 0,51 Prozent des BNE. „In absoluten Zahlen sind das 15 Milliarden, die Europa der Dritten Welt für Gesundheit, Bildung und andere soziale Ziele vorenthält, obwohl sie international zugesagt waren,“ so Navara.

Österreich liege mit investierten 0,32 Prozent des BNE nur knapp vor Portugal, Griechenland und Italien, kritisierte Navara. Diese Zahlen seien außerdem noch durch die Einrechnung von Entschuldungsmaßnahmen oder Ausgaben für Flüchtlingsbetreuung „kräftig aufgefettet“, so Navara weiter.

„Der Bericht spricht eine klare Sprache: Trotz anderslautender Bekenntnisse ist in Österreich kein politischer Wille zu erkennen, bei der EZA mehrmals gemachte Zusagen einzuhalten“, erklärte Caritas-Präsident Küberl. Die anhaltenden Kürzungen würden auf Kosten tausender notleidender Menschen gehen, so Küberl weiter. Der Caritas-Präsident forderte daher eine „Totalreform der Entwicklungshilfe“ in Form der Zusammenführung der Gelder aller sieben beteiligten Ministerien in einem Entwicklungsfonds, sowie die Rücknahme der Kürzungen.

Die NGOs kritisierten vor allem die Kürzungen der österreichischen Regierung im Bereich der bilateralen EZA-Projekte. Neben den Beiträgen für internationale Organisationen wie UNO, Weltbank und Internationalen Währungsfonds (IWF) bliebe nämlich nur mehr der kleinste Teil für bilateralen Programme der österreichischen Zusammenarbeit, so Navara. „Bei diesen Ausgaben befindet sich Österreich hinter Griechenland, Italien und Portugal auf dem letzten Platz Europas, aber es wird weiter gekürzt“, kritisierte Navara.

Hier zu sparen bedeute Armen Nahrung, Wasser und Gesundheit vorzuenthalten, erklärte KOO-Geschäftsführer Heinz Hödl (Koordinationsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz), „aber auch den Menschen die Erschließung der eigenen Potenziale zu verweigern.“

Kritik an der österreichischen Entwicklungspolitik kam am Donnerstag auch von den Grünen. „Die Finanzministerin kann nicht Entwicklungszusammenarbeit von Katastrophenhilfe unterscheiden. Der Außenminister ist für diesen Bereich verantwortlich daran nicht interessiert. Das ergibt eine fatale Kombination in Zusammenhang mit Österreichs Beitrag zur globalen Armutsreduktion“, kritisierte Judith Schwentner, entwicklungspolitische Sprecherin der Grünen, in einer Aussendung.

Positive Beispiele der Analyse durch den Dachverband der europäischen Entwicklungs-NGOs sind Luxemburg, Dänemark, Niederlande, Belgien, Großbritannien, Finnland und Irland, die das gemeinsam gesetzte Ziel überschritten und so wie im Falle Luxemburgs sogar ihr selbst gesetztes doppelt so hohes Ziel von 1 Prozent übererfüllten.